

EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel**



Aktuelle Entwicklungen auf der Europäischen Ebene

Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament

EUROPÄISCHER RAT AM 04.02.2011: WESENTLICHE ERGEBNISSE

Ursprünglich waren die Schwerpunktthemen Energie und Innovationen vorgesehen. Im Lichte der aktuellen Ereignisse wurden zusätzlich Debatten zur Situation in Ägypten und Tunesien sowie zur Wirtschafts- und Finanzpolitik auf die Tagesordnung genommen.

- Wirtschaftslage/ Stabilität des Euro / Wirtschaftspolitische Koordinierung: Konkrete Entscheidungen fielen hierzu, wie angekündigt, nicht. Sie sollen am 24./25.03.2011 fallen. Kontrovers diskutierte der Europäische Rat (ER) über die von Bundeskanzlerin *Merkel* und Staatspräsident *Sarkozy* vorgestellten Überlegungen zu einem Pakt für Wettbewerbsfähigkeit. Die Thematik soll bei einem Sondergipfel der Staats- und Regierungschefs der Euro-Staaten am 11.03.2011 vertieft werden.
- Erklärung zu Ägypten und zur Region: Der ER bringt seine Sorge über eine Verschlechterung der Lage in Ägypten zum Ausdruck und verurteilt die aufgetretene Gewalt aufs Schärfste. Der ER fordert einen geordneten Übergang zu einer Regierung, die sich auf eine breite Basis stützt. Dieser Prozess müsse „jetzt“ beginnen.
- Energie und Innovationen: s. Berichte der betroffenen Geschäftsbereiche in diesem EB.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/119194.pdf

BREITE KRITIK IM EP AN DEN ERGEBNISSEN DES EUROPÄISCHEN RATS

Bei der Debatte stand die wirtschaftspolitische Koordinierung im Mittelpunkt. Besonders kritisch wurde ein mögliches zwischenstaatliches Vorgehen auf der Basis des von Deutschland und Frankreich ins Gespräch gebrachten Pakts für Wettbewerbsfähigkeit diskutiert.



EP-PLENUM AM 02./03.02.2011 IN BRÜSSEL: ERKLÄRUNG ZUR LAGE IN TUNESIEN

Beim ersten Brüsseler „Miniplenum“ im Jahr 2011 standen keine legislativen Themen von besonderer Bedeutung auf der Tagesordnung. In einer Erklärung zur Lage in Tunesien bekundete das EP seine Solidarität mit dem tunesischen Volk und dessen Streben nach Demokratie sowie Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen. Unterdrückung und unverhältnismäßige Gewaltanwendung durch Sicherheitskräfte werden verurteilt.

http://www.europarl.europa.eu/news/public/focus_page/008-112869-031-01-06-901-20110131FCS12843-31-01-2011-2011/default_p001c001_de.htm

DONAUSTRATEGIE: KOMMISSION SETZT KOORDINATOREN FÜR SCHWERPUNKTBEREICHE EIN – BAYERN BEI UMWELTSCHUTZ UND SICHERHEIT DABEI

Regionalkommissar *Hahn* hat gemeinsam mit dem ungarischen Außenminister *Martonyi* Koordinatoren für die elf Prioritätenfelder der EU-Strategie für den Donauroum bekanntgegeben. Sie sollen die Umsetzung vorantreiben. Bayern wirkt an der Koordination der Prioritäten „Erhaltung der biologischen Vielfalt, der Landschaften und der Qualität von Luft und Boden“ und „Zusammenarbeit zur Förderung der Sicherheit und zur Bekämpfung der schweren und organisierten Kriminalität“ mit. Staatsministerin *Emilia Müller* bezeichnete dies als „großen Vertrauensbeweis für Bayern“.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/124&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

RAT ÜBER ERKLÄRUNG DER RELIGIONSFREIHEIT UNEINIG

Wie das EP nahm auch der Außenministerrat die Ende 2010 verübten Anschläge auf Christen in verschiedenen Drittstaaten zum Anlass für eine ausführliche Debatte. Überraschend gelang aber keine Einigung über zuvor vereinbarte Schlussfolgerungen, weil über Ergänzungsvorschläge des italienischen Außenministers *Frattini* kein Konsens erzielt werden konnte. Die Schlussfolgerungen wurden auf die nächste Sitzung vertagt.



Geschäftsbereich Staatsministerium des Innern

INFORMELLER JI-RAT AM 20./21.01.2011: INNENPOLITIK

- Bekämpfung der Organisierten Kriminalität: Innenminister diskutierten über „Cybercrime“, Drogenhandel, Schwarzarbeit und Bekämpfung der Organisierten Kriminalität.
- Mehrjähriger Finanzrahmen (2014-2020): Einige Mitgliedstaaten sprachen sich gegen eine Aufstockung des Etats für den Innenbereich aus. Einigkeit bestand jedoch über notwendige Flexibilisierung zwischen den bestehenden Fonds, um vorhandene Mittel effektiv einsetzen zu können.
- Integriertes Grenzmanagement.

KOMMISSION LEGT ÜBERARBEITETEN RICHTLINIENVORSCHLAG FÜR EU-EIGENES PNR-SYSTEM VOR

Die Kommission hat am 02.02.2011 einen überarbeiteten Richtlinienvorschlag für die Übermittlung von Fluggastdaten (Passenger Name Records – PNR) bei internationalen Flügen zum Zweck der Bekämpfung von schwerer Kriminalität und Terrorismus vorgelegt. Der Entwurf sieht nun insbesondere eine Anonymisierung der Daten nach einem Monat sowie eine maximale Speicherdauer von fünf Jahren vor. Die Abgeordneten des EP reagierten mit großer Skepsis auf den Vorschlag.

<http://ec.europa.eu/home-affairs/news/intro/docs/com%2032%20de%20final.pdf>

VERHANDLUNGEN ÜBER RÜCKFÜHRUNGSABKOMMEN EU-TÜRKEI ABGESCHLOSSEN

Die Kommission und die türkische Regierung haben ihre Verhandlungen über ein Rückführungsabkommen abgeschlossen. Damit können illegal aus der Türkei eingewanderte Migranten wieder in die Türkei zurückgeschickt werden, in den ersten drei Jahren nach der Ratifikation allerdings nur illegal eingewanderte türkische Staatsbürger. Das Abkommen soll bei der nächsten Sitzung des JI-Rats am 24.02.2011 formell angenommen werden.

KOMMISSION LEGT LEITFÄDEN FÜR DAS ÖFFENTLICHE BESCHAFFUNGSWESEN VOR

Die Kommission hat am 28.01.2011 zwei neue Leitfäden für das öffentliche



Beschaffungswesen veröffentlicht. Sie will damit die EU-Vorschriften für die Auftragsvergabe benutzerfreundlicher gestalten. Im Leitfaden zu Leistungen der Daseinsvorsorge wird dargelegt, wie Ausschreibungen gestaltet sein müssen, um nicht gegen das EU-Beihilfen- oder Vergaberecht zu verstoßen. Mit dem Leitfaden zur „Berücksichtigung sozialer Aspekte im öffentlichen Beschaffungswesen“ sollen Behörden ein Instrument bekommen, das ihnen bei der Beschaffung von Waren und Dienstleistungen in sozial verantwortlicher Weise im Einklang mit den EU-Vorschriften helfen soll.

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=89&newsId=978&furtherNews=yes>

Geschäftsbereich Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

KONSULTATION ZUM KOLLEKTIVEN RECHTSSCHUTZ

Am 04.02.2011 leitete die Kommission eine öffentliche Konsultation zur Entwicklung eines kohärenten Ansatzes zum kollektiven Rechtsschutz in der Europäischen Union ein. Der Zweck dieser Konsultation ist es, Anhaltspunkte für die Entwicklung gemeinsamer Rechtsgrundsätze zum kollektiven Rechtsschutz zu ermitteln und um daraufhin abschätzen zu können, ob eine EU-Regelung auf diesem Gebiet erforderlich ist. Die Konsultationsfrist endet am 30.04.2011.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/132&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

EP-BINNENMARKTAUSSCHUSS VERABSCHIEDET VERBRAUCHER-RECHTE-RICHTLINIE

Der Binnenmarktausschuss des EP verabschiedete am 01.02.2011 mit 22:16 Stimmen bei einer Enthaltung den Bericht von MdEP *Andreas Schwab* (EVP/DE, CDU) zur Richtlinie für die Rechte der Verbraucher. Dafür waren Konservative und Liberale, dagegen Sozialdemokraten und Grüne.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110131IPR12811/html/Strengthening-consumer-rightsacross->

RAT VERABSCHIEDET VERORDNUNG ÜBER FAHRGASTRECHTE IM KRAFTOMNIBUSVERKEHR

Der Rat stimmte am 31.01.2011 mit qualifizierter Mehrheit, gegen Deutschland



und bei Stimmenthaltung von Irland, dem mit dem EP gefundenen Kompromiss zu. Das EP wird am 15.02.2011 die Verordnung über die Fahrgastrechte im Kraftomnibusverkehr förmlich verabschieden.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st05/st05442.de11.pdf>

Geschäftsbereich Staatsministerium der Finanzen

EUROPÄISCHER RAT AM 04.02.2011: WESENTLICHE ERGEBNISSE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMF

Für das Treffen des ER am 04.02.2011 waren ursprünglich nur die Themen Energie und Innovation vorgesehen (siehe dazu den Beitrag des StMWIVT in diesem EB). Gleichwohl haben die Staats- und Regierungschefs des Euro-raums eine Erklärung zur Wirtschafts- und Währungsunion abgegeben und bekräftigt, dass bis März eine umfassende Strategie zur Stabilisierung des Euroraums entwickelt wird. Dazu gehören u. a. die Stärkung des vorübergehenden Krisenmechanismus (EFSF), die Entscheidung über den permanenten Krisenmechanismus (ESM) sowie Maßnahmen zur Verbesserung der Haushaltslage und der Wachstumsaussichten. Sehr kontrovers diskutiert wurden die von Deutschland und Frankreich eingebrachten Überlegungen für einen Pakt für Wettbewerbsfähigkeit. Konkrete Beschlüsse wurden dazu noch nicht getroffen. Die Staats- und Regierungschefs des Euroraums haben aber erklärt, dass sie weitere Schritte unternehmen werden, mit denen eine neue Qualität der wirtschaftspolitischen Koordinierung im Euro-Währungsgebiet erreicht wird. Der Präsident des ER, *Van Rompuy*, wurde beauftragt, in enger Zusammenarbeit mit dem Kommissionspräsidenten Konsultationen mit den Staats- und Regierungschefs der Euro-Mitgliedstaaten zu führen und konkrete Schritte aufzuzeigen. Nicht-Euro-Mitgliedstaaten sind eingeladen, sich ebenfalls zu beteiligen. Am 11.03.2011, wird dazu – in Vorbereitung des Frühjahrs-gipfels des ER Ende März - ein vorbereitender Sondergipfel der Staats- und Regierungschefs des Euroraums stattfinden (s. hierzu Beitrag aus dem Geschäftsbereich „Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament“ in diesem EB).

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/119194.pdf



ROHSTOFFVERSORGUNG: KOMMISSION LEGT STRATEGIEPAPIER VOR

Die Kommission hat am 02.02.2011 mit einer Mitteilung ihre neue Rohstoffstrategie vorgestellt. Die Kommission definiert die Handlungsfelder, mit denen der Zugang Europas zu wichtigen Rohstoffen, insbesondere den seltenen Erden, gesichert werden soll. Die Mitteilung umfasst neben Industrierohstoffen auch Energierohstoffe und landwirtschaftliche Produkte. Ein Ziel der Kommission ist u. a. eine höhere Integrität und Transparenz der Märkte für Rohstoffderivate. So soll z. B. im Rahmen der für Frühjahr 2011 geplanten Überarbeitung der Marktmissbrauch-Richtlinie geklärt werden, welche Handelspraktiken auf den Rohstoffmärkten einen Missbrauch darstellen. Die Überarbeitung der Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente im Frühjahr 2011 wird darauf abzielen, die Transparenz des Handels mit Rohstoffen weiter zu erhöhen. Im Übrigen wird auf die ausführliche Darstellung im Teil des StMWIVT verwiesen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/122&format=TML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

KONSULTATION ZU STRENGEREN EIGENKAPITALANFORDERUNGEN FÜR BANKEN HINSICHTLICH GEGENPARTEI-KREDITRISIKEN

Die Kommission hat am 09.02.2011 eine Konsultation zur geplanten Erhöhung der Eigenkapitalanforderungen für Banken im Hinblick auf Gegenpartei-Kreditrisiken gestartet. Die zur Debatte gestellten Maßnahmen stehen im Zusammenhang mit der Umsetzung der Basel III-Anforderungen für Banken in EU-Recht. Die in Betracht gezogenen Maßnahmen sollen den Verordnungsvorschlag über die Behandlung von OTC-Derivaten vom 15.09.2010 ergänzen und zur Transparenz des Derivatehandels beitragen. Konkret geht es um die Kapitalhinterlegung für Risiken im Zusammenhang mit Derivaten, Refinanzierungsgeschäften und Wertpapierfinanzierungen. Stellungnahmen können bis zum 09.03.2011 abgegeben werden. Die Kommission wird voraussichtlich bis zum Sommer einen Legislativvorschlag zur Umsetzung von Basel III vorlegen.

http://ec.europa.eu/internal_market/consultations/2011/credit_risk_en.htm

KONSULTATION ZU STEUERLICHEN PROBLEMEN BEI GRENZÜBERSCHREITENDEN AUSSCHÜTTUNGEN VON DIVIDENDEN AN PORTFOLIO- UND EINZELANLEGER

Die Erhebung und Anrechnung von Quellensteuern auf Dividendenausschüttungen an nicht gebietsansässige Portfolioanleger und Einzelanleger in



der EU erfolgt aus Sicht der Kommission teilweise in diskriminierender Weise. Zudem können Quellensteuern zu Doppelbesteuerung führen und dadurch das reibungslose Funktionieren des Binnenmarktes beeinträchtigen. Die Kommission hat daher zu diesen Fragen am 28.01.2011 eine Konsultation gestartet. Alle Betroffenen, d. h. Bürger, Unternehmen, Mitgliedstaaten, Steuerbehörden, zwischenstaatliche Organisationen, Nichtregierungsorganisationen, Wirtschaftsverbände, Steuerfachleute und Wissenschaftler sind eingeladen, sich zum Thema zu äußern. Die Konsultation läuft bis 30.04.2011.

http://ec.europa.eu/taxation_customs/resources/documents/common/consultations/tax/withholding_taxes/wht_public_consultation_de.pdf

KOMMISSION BEWERTET DIE VON ZYPERN, FINNLAND, BULGARIEN UND DÄNEMARK IN DEN LAUFENDEN DEFIZITVERFAHREN ERGRIFFENEN MASSNAHMEN

Die Kommission hat am 27.01.2011 die von Zypern, Finnland, Bulgarien und Dänemark in den laufenden Defizitverfahren ergriffenen Maßnahmen bewertet. Bulgarien und Finnland müssen ihre Defizite bis 2011 auf unter 3 % reduzieren, Zypern bis 2012 und Dänemark bis 2013. Aus Sicht der Kommission haben die genannten Mitgliedstaaten den vom Rat im Juli 2010 erteilten Empfehlungen Folge geleistet und ausreichende Maßnahmen zur Korrektur der Defizite getroffen. Die Einleitung weiterer Schritte in den Defizitverfahren ist daher aus Sicht der Kommission derzeit nicht notwendig.

http://ec.europa.eu/economy_finance/articles/sgp/2011-01-27-edp_en.htm

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

EUROPÄISCHER RAT AM 04.02.2011: WESENTLICHE ERGEBNISSE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMWIVT

Am 04.02.2011 tagte der ER in einer außerordentlichen Zusammenkunft und beschäftigte sich – soweit das StMWIVT betroffen ist – schwerpunktmäßig mit den Themen Energie, Innovation sowie Wirtschafts- und Währungsfragen. Im Hinblick auf die Finanzierung von Energieinfrastruktur betont der ER den Grundsatz, dass der Markt die Kosten decken müsse, schließt aber nicht aus, dass im Einzelfall erst öffentliche Mittel unrentable und trotzdem notwendige Investitionen ermöglichen. Weiterhin hält der ER an der rechtlichen Unverbind-



lichkeit des Ziels der Steigerung der Energieeffizienz um 20 % fest; er will die Fortschritte jedoch überprüfen und bei Defiziten im Jahr 2013 ggf. weitere Maßnahmen beschließen. In der Innovationspolitik unterstützt der ER die von der Kommission vorgeschlagene Neuorientierung hin zu einer stärkeren Anwendungsorientierung. Sie müsse zur Lösung großer gesellschaftlicher Herausforderungen beitragen und helfen, dass innovative Produkte schneller auf den Markt kommen. Von entscheidender Bedeutung ist nach dem ER auch die Neugestaltung der EU-Instrumente für Forschungs- und Innovationsförderung, vor allem ihre Vereinfachung. Die Kommission soll in Zukunft alle Forschungs- und Innovationsförderprogramme dazu mit einem gemeinsamen strategischen Rahmen verknüpfen. Was die wirtschaftspolitische Koordinierung angeht, so kündigt der ER für März 2011 eine allgemeine Ausrichtung zu den Gesetzgebungsvorschlägen der Kommission vom Herbst 2010 („Economic Governance Package“) an, ebenso die endgültige Entscheidung über eine „kleine Vertragsänderung“ für die Einrichtung eines dauerhaften europäischen Krisenmechanismus. Nicht Teil der Schlussfolgerungen ist der „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit“, der von Bundeskanzlerin *Dr. Angela Merkel* und Frankreichs Präsident *Nicolas Sarkozy* auf dem ER angeregt wurde. Allerdings werden in einer Erklärung der Staats- und Regierungschefs des Euroraums, die den Schlussfolgerungen beigefügt ist, weitere Schritte zur wirtschaftspolitischen Koordinierung angekündigt (s. hierzu Beitrag aus dem Geschäftsbereich „Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament“ in diesem EB).

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/119194.pdf

ROHSTOFFVERSORGUNG: KOMMISSION LEGT STRATEGIEPAPIER VOR

Die Kommission hat am 02.02.2011 ihre bereits für die Vorwoche angekündigte und auf Druck Frankreichs verschobene neue Rohstoffmitteilung vorgelegt. Darin legt sie zum einen die Ergebnisse der EU-Rohstoffstrategie aus dem Jahr 2008 dar und analysiert die seitdem eingetretenen Entwicklungen auf den Rohstoffmärkten. Zum anderen definiert sie die Handlungsfelder der Zukunft, mit denen der Zugang Europas zu wichtigen Rohstoffen, insbesondere den seltenen Erden, gesichert werden soll. Das Augenmerk der Mitteilung geht dabei über die 14 definierten kritischen Industrierohstoffe hinaus und erfasst auch Energierohstoffe und landwirtschaftliche Produkte, und dies sowohl hinsichtlich der physischen als auch der damit verknüpften Finanzmärkte. In der



Sache kündigt die Kommission für die Zukunft vor allem eine aktive Rohstoffdiplomatie der EU an, die sich sowohl in der Entwicklungszusammenarbeit als auch in den bilateralen und internationalen Handelsabkommen wiederfinden werde. Sie möchte dazu politische Dialoge und strategische Partnerschaften etablieren bzw. intensivieren.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/122&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

KOMMISSION STARTET KONSULTATIONEN ZUR FORSCHUNGS- UND INNOVATIONSFÖRDERUNG

Am 09.02.2011 hat die Kommission das Grünbuch „Von Herausforderungen zu Chancen: Entwicklung einer gemeinsamen Strategie für die EU-Finanzierung von Forschung und Innovation“ vorgelegt und damit eine Konsultationen zur Forschungs- und Innovationsförderung ab 2014 gestartet. Das Grünbuch enthält Analysen der bisherigen Struktur der Forschungsförderung sowie Überlegungen zu den Rahmenbedingungen der zukünftigen Förderung. Mit insgesamt 27 Fragen wendet sie sich dann an die bei Forschung und Innovation involvierten Akteure in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Die Konsultationen laufen bis zum 20.05.2011 (s. hierzu Beitrag des StMWFK in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/138&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

INNOVATIONS-LEISTUNGSANZEIGER: DEUTSCHLAND GEHÖRT ZU DEN EUROPÄISCHEN SPITZENREITERN

Die Kommission hat am 01.02.2011 im Rahmen ihrer Leitinitiative „Innovationsunion“ einen neuen Leistungsanzeiger veröffentlicht, der anhand von 25 Indikatoren die europäischen Staaten nach ihrer Leistung in den Bereichen Forschung, Entwicklung und Innovation bewertet. Deutschland gehört danach gemeinsam mit Schweden, Dänemark und Finnland zur Spitzengruppe der Staaten innerhalb der EU, die 20 % über dem EU-Durchschnitt liegen. Der Bericht stellt jedoch auch fest, dass die EU-27 weiterhin einen Innovationsrückstand gegenüber den USA und Japan aufweist und andere Staaten wie China und Brasilien aufholen (s. hierzu Beitrag des StMWFK in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/114&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>



ERNEUERBARE ENERGIEN: KOMMISSION FORDERT MEHR INVESTITIONEN UND EINE STÄRKERE KOOPERATION ZWISCHEN DEN MITGLIEDSTAATEN

Die Kommission hat am 31.01.2011 eine Mitteilung über die Entwicklung bei den erneuerbaren Energien vorgelegt, die sich sowohl auf Strom als auch auf die Bereiche Verkehr und Wärme erstreckt. Nach Ansicht der Kommission müssen die EU-Mitgliedstaaten ihre Investitionen von derzeit 35 Mrd. € auf jährlich ca. 70 Mrd. € verdoppeln, um das bis zum Jahr 2020 gesteckte Ziel zu erreichen, 20 % des Energiebedarfs aus regenerativen Quellen zu decken. Weiterhin fordert sie eine stärkere Koordinierung und Konvergenz der Förder-systeme für erneuerbare Energien, auch auf europäischer Ebene, jedoch schlägt sie nicht deren europaweite rechtliche Harmonisierung mit EU-weit einheitlichen Förderhöhen vor. Die Kommission kündigt dabei eine aktive Unterstützerrolle an. Besonders betont sie die Notwendigkeit langfristig plan-barer Ausgestaltung. Daher müssten diese Förderungen außerbudgetär behandelt werden, um die Unabhängigkeit von den Schwankungen in öffent-lichen Haushalten zu gewährleisten.

http://ec.europa.eu/energy/renewables/reports/reports_en.htm).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/113&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

DONAUSTRATEGIE: KOMMISSION BENENNT KOORDINATOREN FÜR DIE SCHWERPUNKTBEREICHE

EU-Regionalkommissar *Johannes Hahn* hat am 03.02.2011 gemeinsam mit dem ungarischen Außenminister *János Martonyi*, als Vertreter der amtierenden EU-Ratspräsidentschaft, die Koordinatoren für die elf Prioritätenfelder der EU-Donaustrategie bekanntgegeben. Sie sollen die Umsetzung der Donau-strategie forcieren, indem sie konkrete Maßnahmenpakete festlegen und Finanzierungsquellen ausfindig machen. Bayern übernimmt die Koordination für zwei politische Prioritätenfelder: Zum einen für den Bereich „Erhaltung der biologischen Vielfalt, der Landschaften und der Qualität von Luft und Boden“ (zusammen mit Kroatien), zum anderen für die „Zusammenarbeit zur Förde-rung der Sicherheit und zur Bekämpfung der schweren und organisierten Kriminalität“ (zusammen mit Bulgarien und dem Bundesinnenministerium).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/124&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>



FÜNFTES KOHÄSIONSFORUM VOM 31.01./01.02.2011

Von 31.01. bis 01.02.2011 wurde in Brüssel das Fünfte Kohäsionsforum abgehalten. Zu dem Forum, das alle drei Jahre stattfindet, hatte die Kommission auch dieses Mal wieder Spitzenpolitiker aus den 27 Mitgliedstaaten eingeladen; so waren neben Kommissionspräsident *Barroso* und mehreren Kommissaren auch die Regierungschefs Ungarns, Polens und Litauens zugegen. Das Kohäsionsforum bot Gelegenheit, die im 5. Kohäsionsbericht vorgestellten Ausrichtungen und Optionen für die künftige Kohäsionspolitik zu erörtern. Kern der Diskussionen war die Rolle der Kohäsionspolitik bei Durchführung der Europa 2020-Strategie. In vier themenorientierten Reflexionsgruppen, in denen EU-Kommissare den Vorsitz führten, widmeten sich die Teilnehmer den Schlüsselkomponenten dieser Strategie (intelligentes Wachstum, umweltfreundliches Wachstum, integratives Wachstum) sowie der territorialen Dimension von Europa 2020. Bis Sommer 2011 will die Kommission Legislativvorschläge zur zukünftigen Kohäsionspolitik vorlegen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/112&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

KONSULTATION ZUM KOLLEKTIVEN RECHTSSCHUTZ

Am 04.02.2011 leitete die Kommission eine öffentliche Konsultation zur Entwicklung eines kohärenten Ansatzes zum kollektiven Rechtsschutz in der Europäischen Union ein. Der Zweck dieser Konsultation ist es, Anhaltspunkte für die Entwicklung gemeinsamer Rechtsgrundsätze zum kollektiven Rechtsschutz zu ermitteln und um daraufhin abschätzen zu können, ob eine EU-Regelung auf diesem Gebiet erforderlich ist. Die Konsultationsfrist endet am 30.04.2011 (s. hierzu Beitrag des StMJV in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/132&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

KONSULTATION ZU STRENGEREN EIGENKAPITALANFORDERUNGEN FÜR BANKEN HINSICHTLICH GEGENPARTEI-KREDITRISIKEN

Die Kommission hat am 09.02.2011 eine Konsultation zur geplanten Erhöhung der Eigenkapitalanforderungen für Banken hinsichtlich Gegenpartei-Kreditrisiken gestartet. Die zur Debatte gestellten Maßnahmen stehen im Zusammenhang mit der Umsetzung der Basel III-Anforderungen für Banken in EU-Recht und basieren auf Vorschlägen des Baseler Ausschusses vom



20.12.2010. Die Konsultation soll mögliche Auswirkungen der Maßnahmen abschätzen helfen. Stellungnahmen können bis zum 09.03.2011 abgegeben werden (s. hierzu Beitrag des StMF in diesem EB).

http://ec.europa.eu/internal_market/consultations/2011/credit_risk_en.htm

Geschäftsbereich Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

EP-AGRARAUSSCHUSS: ERSTE AUSSPRACHE ZUM MILCHPAKET

Am 07.02.2011 fand im EP-Agrarausschuss die erste Aussprache zu den Vorschlägen der Kommission zu Vertragsbeziehungen im Sektor Milch und Milchserzeugnisse („Milchpaket“) statt. Der Berichterstatter des EP, *James Nicholson* (ECR/GB), unterstützte insgesamt die Vorschläge der Kommission. Sein Bericht werde nicht über das hinausgehen, was die Kommission schon vorgeschlagen habe. Mitte April wolle er den Bericht im EP-Agrarausschuss vorstellen. Die weitere Aussprache zeigte ein heterogenes Bild. Einige Abgeordnete, wie *Elisabeth Jeggle* (EVP), sprachen sich ebenfalls dafür aus, nicht weiter zu gehen als die Vorschläge der Kommission, während anderen die Vorschläge nicht weit genug gingen. In seiner Antwort sagte der Vertreter der Kommission, *Lars Hoelgaard*, dass kein vollkommen freier und kein vollkommen regulierter Markt angestrebt sei. Seit der Einführung der Milchquote im Jahr 1984 seien sechs von sieben Milcherzeugern in den alten Mitgliedstaaten ausgeschieden. Der Strukturwandel sei durch die Quote also nicht verhindert worden.

Aufzeichnung der Sitzung unter:

http://www.europarl.europa.eu/wps-europarl-internet/frd/vod/search-committees?language=DE&select_searchcommittees_field=AGRI

EP-AGRARAUSSCHUSS: ANHÖRUNGEN ZUR GEMEINSAMEN AGRARPOLITIK BIS 2020

Am 26.01.2011 und 07.02.2011 fanden im EP-Agrarausschuss Anhörungen zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) bis 2020 statt. Bei der ersten Anhörung wurden an Experten der Verbände und Interessensvertreter wie *Padraig Walsh*, Präsident der COPA (Dachverband der europäischen Landwirte), konkrete Fragen zur Ausgestaltung der künftigen Agrarpolitik gestellt. Im Rahmen der Anhörung forderte MdEP *Albert Deß* (CSU), der Berichterstatter des EP zur GAP bis 2020, die künftige EU-Agrarpolitik müsse die Nahrungs-



mittelversorgung garantieren. Es sei darauf zu achten, dass die EU-Auflagen zum Umweltschutz, zur Landschaftspflege und zur artgerechten Tierhaltung mit wenig Bürokratie wirkungsvoll umgesetzt werden. Auch in Zukunft sei dafür eine ausreichende Unterstützung der Landwirte durch die EU nötig. *Deß* kündigte an, dass sein Bericht am 09.02.2011 in die Übersetzung gehe und am 28.02.2011 diskutiert werde. Im Rahmen der zweiten Anhörung setzten sich Experten aus der Wissenschaft teilweise kritisch und kontrovers mit der Mitteilung der Kommission zur GAP bis 2020 auseinander. Während *Prof. Tangermann* (Universität Göttingen) die Sinnhaftigkeit und WTO-Konformität der vorgeschlagenen zusätzlichen grünen Elemente in der ersten Säule in Frage stellte, widersprach *Vincent Chatellier* (INRA Frankreich) dieser Ansicht. Aufzeichnung der Sitzungen unter:

http://www.europarl.europa.eu/wps-europarl-internet/frd/vod/search-committees?language=DE&select_searchcommettes_field=AGRI

KOMMISSIONSTRATEGIE ZUR ROHSTOFFVERSORGUNG BEHANDELT AUCH AGRARROHSTOFFE

Am 02.02.2011 hat die Kommission die Mitteilung zur Rohstoffstrategie, „Grundstoffmärkte und Rohstoffe: Herausforderungen und Lösungsansätze“ vorgelegt. Ursprünglich sollte die Mitteilung nur auf Industrierohstoffe abzielen, wurde aber kürzlich um Agrarrohstoffe und Rohstoffspekulationen erweitert. Zur beispiellosen Volatilität von Agrarrohstoffen wird festgestellt, dass Erzeuger und Händler stärker Marktpreisentwicklungen ausgesetzt sind und deshalb verstärkt dazu neigen, Terminmärkte zur Preisabsicherung zu nutzen. Aufgrund dieser und anderer Entwicklungen wird erwartet, dass (1) die Preise für landwirtschaftliche Grundstoffe auch in Zukunft höher liegen als der historische Durchschnitt, (2) die Preisvolatilität auf hohem Niveau verbleibt, obwohl Unsicherheiten über Ursachen und Dauer der Preisbewegungen bestehen, (3) die Preise landwirtschaftlicher Produktionsmittel, verglichen mit dem historischen Trend, überhöht bleiben werden. Agrarkommissar *Cioloş* sagte bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Binnenmarktkommissar *Barnier* und Industriekommissar *Antoni Tajani*, dass er zur Eindämmung von Preisvolatilität auf den Märkten für landwirtschaftliche Grundstoffe besonders auf bessere Informationen über Produktion, Verbrauch und Bestände an den internationalen physischen Märkten setze (s. hierzu Beitrag des StMWIVT in diesem EB). Mitteilung der Kommission unter:



http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/president/news/speeches-statements/pdf/20110202_de.pdf

HOFER RINDFLEISCHWURST EUROPaweIT GESCHÜTZT

Seit 04.02.2011 ist die „Hofer Rindfleischwurst“ europaweit geschützt. Nach knapp vierjährigem Prüfverfahren wurde die geographische Angabe „Hofer Rindfleischwurst“ in das europäische Register regionaltypischer Spezialitäten aufgenommen. Damit darf künftig nur eine in der Stadt oder im Landkreis Hof hergestellte streichfähige Rohwurst aus magerem Rindfleisch so bezeichnet werden. Die über Buchenholz kalt geräucherte Wurst hat eine über 50-jährige Tradition und ist weit über die Grenzen Hofs hinaus bekannt. Das Fleisch stammt von Tieren, die überwiegend im Landkreis Hof bzw. in den Bezirken Oberfranken, Oberpfalz und in Thüringen geboren und aufgewachsen sind und im Stadtgebiet bzw. im Landkreis Hof geschlachtet wurden. Den Antrag auf den europäischen Schutz hatte die Fleischerinnung Hof-Wunsiedel in Brüssel gestellt. Der Schutz unterstreicht laut Landwirtschaftsminister *Helmut Brunner* die Einzigartigkeit der oberfränkischen Spezialität, ermöglicht ein noch gezielteres Marketing und trägt damit zur Verbesserung der Wertschöpfung bei.

Weitere Informationen zum EU-Herkunftsschutz unter:

www.spezialitaetenland-bayern.de

Verordnung der Kommission unter:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2011:030:0015:0016:DE:PDF>

MAGERMILCHPULVER AUS DER INTERVENTION VERKAUFT

Die EU-Mitgliedstaaten einigten sich bei dem Verwaltungsausschuss für die Einheitliche Gemeinsame Marktorganisation am 03.02.2011 auf den Verkauf von 16.016 t Magermilchpulver (MMP) aus den Interventionsbeständen von 81.815 t. Bei der 15. Ausschreibung für Milchprodukte wurde der Mindestverkaufspreis auf 240 €/100 kg festgelegt, die angebotenen Preise lagen zwischen 220,03 € und 250 €/100 kg. Der durchschnittliche EU-Marktpreis von MMP zu Futterzwecken liegt derzeit bei 224,80 €/100 kg, der Preis von MMP für Nahrungszwecke bei 229 €/100 kg. Bei der nächsten Ausschreibung am 17.02.2011 stehen 65.799 t MMP für den Verkauf zur Verfügung.



Geschäftsbereich Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

ABSTIMMUNG DES BESCHÄFTIGUNGS- UND SOZIALAUSSCHUSSES ÜBER POSITION ZU NACHHALTIGEN RENTENSYSTEMEN

Am 01.02.2011 stimmte der Beschäftigungs- und Sozialausschuss des Europäischen Parlaments über seine Position zum Grünbuch Renten der Kommission ab (s. hierzu EB 13/2010). In der Stellungnahme des Ausschusses werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, angemessene und nachhaltige Renten sicherzustellen und über die Anpassung des Renteneintrittsalters an die demografische Entwicklung zu diskutieren. Desweiteren beschäftigt sich die Stellungnahme mit der Portabilität von Renten und appelliert an EU und Mitgliedstaaten, Mobilitätshindernisse zu beseitigen und sich mit Übertragbarkeitsschwierigkeiten innerhalb und zwischen den Mitgliedstaaten zu beschäftigen. Insbesondere die Mitnahme von Rentenansprüchen solle bereits nach kurzer Zeit möglich sein. Schließlich werden die Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt thematisiert, die zu niedrigeren Renten von Frauen führten. Die Mitgliedstaaten und die Kommission müssten sich um die Ursachen dieser Ungleichheiten kümmern und diese bei der Altersversorgung berücksichtigen.

<http://www.europarl.europa.eu/news/archive/search/topicSearch.do>

KOMMISSION: VERÖFFENTLICHUNG EINES BERICHTS ÜBER „ERWERBSTÄTIGENARMUT UND ARBEITSMARKTSEGMENTIERUNG IN DER EU“

Am 04.02.2011 veröffentlichte die Kommission einen Bericht über „Erwerbstätigenarmut und Arbeitsmarktsegmentierung in der EU“. Der Bericht basiert auf Länderberichten, die von den Mitgliedern des EU-Netzwerks unabhängiger ExpertInnen im Bereich soziale Eingliederung erstellt wurden. Aus Sicht der Kommission muss insbesondere aufgrund der Tatsache, dass es in der EU 17 Mio. arbeitende Arme gibt, die rund 15 % des neuen Europa-2020-Kernziels der sozialen Eingliederung ausmachen, dem Thema Erwerbstätigenarmut in Zukunft mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden.

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=89&newsId=986&furtherNews=yes>



LEITFADEN FÜR DIE BERÜCKSICHTIGUNG SOZIALER BELANGE IM ÖFFENTLICHEN BESCHAFFUNGSWESEN

Am 28.01.2011 stellte die Kommission einen neuen Leitfaden zur Berücksichtigung sozialer Aspekte im öffentlichen Beschaffungswesen vor. Hiermit sollen die Behörden bei der Beschaffung von Waren und Dienstleistungen in sozial verantwortlicher Weise unterstützt werden. Aus dem Leitfaden geht darüber hinaus hervor, wie das öffentliche Beschaffungswesen zur Förderung größerer sozialer Integration beitragen kann (s. hierzu Beitrag des StMI in diesem EB).

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=89&newsId=978&furtherNews=yes>

BÜRGER-AGORA VOM 27./28.01.2011

Am 27./28.01.2011 fand in Brüssel eine Bürger-Agora zum Thema „Krisen und Armut“ statt. Die Bürger-Agora stellt ein Modell des strukturierten Dialogs zwischen der Zivilgesellschaft und dem EP dar, das vom EP vor vier Jahren ins Leben gerufen und nun bereits zum dritten Mal durchgeführt wurde. Die Agora soll Vertretern zivilgesellschaftlicher Organisationen und der Europäischen Institutionen die Möglichkeit geben, gemeinsam drängende Fragen zu erörtern. Bei den bisher durchgeführten Agoras ging es zum einen um die Zukunft Europas, zum anderen um Klimawandel, Umweltschutz und erneuerbare Energien. Ziel der diesjährigen Veranstaltung war es, das Bewusstsein um den Zusammenhang zwischen der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise und verschiedenen Formen der Armut zu stärken. Ein besonderer Schwerpunkt lag auf der Prävention und der endgültigen Beseitigung von Armut und sozialer Ausgrenzung.

<http://www.europarl.europa.eu/parliament/public/staticDisplay.do?language=DE&id=70>

FÜNFTES KOHÄSIONSFORUM VOM 31.01./01.02.2011

Am 31.01.2011 wurde das Fünfte Kohäsionsforum in Brüssel eröffnet. Das Forum, das alle drei Jahre stattfindet und zu dem die Kommission auch dieses Mal wieder Spitzenpolitiker aus den 27 Mitgliedstaaten eingeladen hatte, bot Gelegenheit, die im 5. Kohäsionsbericht vorgestellten Ausrichtungen und Optionen für die künftige Kohäsionspolitik zu erörtern. Kern der Diskussionen war die Rolle der Kohäsionspolitik bei Durchführung der Europa 2020-Strategie. In vier themenorientierten Reflexionsgruppen, in denen EU-



Kommissare den Vorsitz führten, widmeten sich die Teilnehmer den Schlüsselkomponenten dieser Strategie (intelligentes Wachstum, umweltfreundliches Wachstum, integratives Wachstum sowie territoriale Dimension von Europa 2020).

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=89&newsId=983&furtherNews=yes>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/112&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

EGMR: KÜNDIGUNG EINER BEI DER EVANGELISCHEN KIRCHE ANGESTELLTEN KINDERGÄRTNERIN WEGEN MITGLIEDSCHAFT IN EINER ANDEREN RELIGIONSGEMEINSCHAFT GERECHTFERTIGT

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) entschied mit Urteil vom 03.02.2011, dass die evangelische Kirche mit der fristlosen Entlassung einer Kindergärtnerin, die zum Kündigungszeitpunkt aktives Mitglied in einer anderen Religionsgemeinschaft war, nicht das Recht auf Religionsfreiheit aus Art. 9 EMRK verletzt.

http://www.coe.int/T/D/Menschenrechtsgerichtshof/Dokumente_auf_Deutsch/

KOMMISSION: VERÖFFENTLICHUNG VON VORSCHLÄGEN ZUR BEKÄMPFUNG VON SCHULABBRUCH

In der Europa 2020-Strategie hat sich der ER im vergangenen Jahr das Ziel gesetzt, den Anteil der Schulabbrecher in der EU bis zum Jahr 2020 auf unter 10 % zu senken. Um die Mitgliedstaaten bei der Erreichung dieses Ziels zu unterstützen, hat die Kommission nun eine Mitteilung zur Bekämpfung des Schulabbruchs vorgelegt, die die Situation von Schulabbrechern in der EU analysiert. In dem zeitgleich veröffentlichten Vorschlag für eine Ratsempfehlung werden die Mitgliedstaaten aufgerufen, bis Ende 2012 umfassende nationale Strategien zur Bekämpfung von Schulabbruch anzunehmen, die auf den nationalen Zielvorgaben aufbauen, Präventions-, Interventions- und Kompensationsmaßnahmen kombinieren und nicht nur bei der Bildungs-, sondern auch bei der Jugend- und Sozialpolitik ansetzen sollten (s. hierzu Beitrag des StMUK in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/109&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=fr>



Geschäftsbereich Staatsministerium für Unterricht und Kultus

KOMMISSION VERÖFFENTLICHT VORSCHLÄGE ZUR BEKÄMPFUNG VON SCHULABBRUCH

In der Europa 2020-Strategie hat sich der ER im vergangenen Jahr das Ziel gesetzt, den Anteil der Schulabbrecher in der EU bis zum Jahr 2020 auf unter 10 % zu senken. Um die Mitgliedstaaten bei der Erreichung dieses Ziels zu unterstützen, hat die Kommission nun eine Mitteilung zur Bekämpfung des Schulabbruchs vorgelegt, die die Situation von Schulabbrechern in der EU analysiert. In dem zeitgleich veröffentlichten Vorschlag für eine Ratsempfehlung werden die Mitgliedstaaten aufgerufen, bis Ende 2012 umfassende nationale Strategien zur Bekämpfung von Schulabbruch anzunehmen, die auf den nationalen Zielvorgaben aufbauen, Präventions-, Interventions- und Kompensationsmaßnahmen kombinieren und nicht nur bei der Bildungs-, sondern auch bei der Jugend- und Sozialpolitik ansetzen sollten. Nach den Planungen der ungarischen Ratspräsidentschaft soll die Empfehlung im Mai 2011 vom EU-Bildungsministerrat angenommen werden.

Die Mitteilung „Bekämpfung des Schulabbruchs“, der Vorschlag für die „Empfehlung des Rates für politische Strategien zur Senkung der Schulabbrecherquote“ und weiterführende Informationen zum Thema Schulabbruch finden sich im Internet unter:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/109&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=fr>

KOMMISSION SETZT HOCHRANGIGE EXPERTENGRUPPE ZUR VERBESSERUNG DER LESE- UND SCHREIBFÄHIGKEIT EIN

Beinahe 20 % der Jugendlichen im Alter von 15 Jahren verfügen in der Europäischen Union nur über geringe Lese- und Schreibfertigkeiten und auch viele Erwachsene haben insoweit mit Schwierigkeiten zu kämpfen. Vor diesem Hintergrund hat die Kommission nun eine Gruppe hochrangiger Sachverständiger eingesetzt, die unter dem Vorsitz von *Prinzessin Laurentien der Niederlande* nach Möglichkeiten suchen soll, die Lese- und Schreibfähigkeit stärker zu fördern. Die Expertengruppe soll der Kommission bis Mitte 2012 konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Lese- und Schreibfertigkeit unterbreiten, auf deren Grundlage die Kommission im Herbst 2012 entsprechende Empfehlun-



gen vorzulegen beabsichtigt.

EURYDICE-NETZ VERÖFFENTLICHT STUDIE ZU KLASSENWIEDERHOLUNGEN

Eine vom Eurydice-Netz durchgeführte Studie mit dem Titel „Klassenwiederholung während der Pflichtschulzeit in Europa“ untersucht, wie Klassenwiederholungen in verschiedenen europäischen Staaten gehandhabt werden, und enthält eine Bestandsaufnahme einschlägiger Rechtsvorschriften und Statistiken. Die Studie ist auf Englisch unter folgender Internetadresse abrufbar:

http://eacea.ec.europa.eu/education/eurydice/documents/thematic_reports/126_EN.pdf

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

EUROPÄISCHER RAT AM 04.02.2011: WESENTLICHE ERGEBNISSE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMWFK

Ein Schwerpunktthema des Europäischen Rats (ER) am 04.02.2011 war die Innovationspolitik. Im Einklang mit der Europa 2020-Strategie ist die Gesamtperspektive auf die europäische Innovationspolitik stark von deren Wachstums- und Beschäftigungswirkung geprägt. Wichtigste Ergebnisse der Beratungen sind:

- Zur Förderung von Innovationen soll ein strategisches und integriertes Konzept verwirklicht werden. Insbesondere im Hinblick auf die künftigen Förderstrukturen für die Nachfolgeprogramme nach Auslaufen des 7. Forschungsrahmenprogramms (FRP) im Jahr 2013 ist diese Aussage wegweisend.
- Innovationspolitik orientiert sich an der Bewältigung großer gesellschaftlicher Herausforderungen wie dem demographischen Wandel. Der Rat fordert in diesem Zusammenhang, dass zwischen EU und Mitgliedstaaten eine gemeinsame Planung erarbeitet wird, um Synergieeffekte zu erzielen.
- Der Europäische Forschungsraum als Binnenmarkt für Wissen, Forschung und Innovation soll bis 2014 verwirklicht werden.
- Die EU-Instrumente zur Forschungsförderung sollen vereinfacht werden.
- Die Mitgliedstaaten nehmen sich vor, bei ihrer Haushaltsplanung Ausgaben in Bereichen wie Forschung und Innovation, Bildung sowie Energie,



die nachhaltiges Wachstum begünstigen, Vorrang zu geben.

- Die Mitgliedstaaten wollen außerdem Reformmaßnahmen durchführen, die die Wirksamkeit der nationalen Forschungs- und Innovationssysteme steigern.

Ratsschlussfolgerungen:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/119194.pdf

KOMMISSION STARTET KONSULTATIONEN ZUR FORSCHUNGS- UND INNOVATIONSFÖRDERUNG

Mit der Veröffentlichung des Grünbuchs „Von Herausforderungen zu Chancen: Entwicklung einer gemeinsamen Strategie für die EU-Finanzierung von Forschung und Innovation“ hat die Kommission am 09.02.2011 die Konsultationen zur Forschungs- und Innovationsförderung ab 2014 gestartet. Das Grünbuch enthält Analysen der bisherigen Struktur der Forschungsförderung sowie Überlegungen zu den Rahmenbedingungen der zukünftigen Förderung. Die neue Zielrichtung bedeutet insbesondere:

- Verstärkte Anwendungs- und Ergebnisorientierung, damit ein Beitrag zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit Europas geleistet wird
- Inhaltliche Fokussierung auf „große gesellschaftliche Herausforderungen“
- Stärkere Beteiligung der Wirtschaft, insbesondere von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), an den EU-Förderprogrammen

Die Kommission hat die Absicht, alle einschlägigen EU-Programme zur Finanzierung von Forschung und Innovation mit einer „gemeinsamen Strategie“ zu verknüpfen (derzeit aufgeteilt in das 7. Forschungsrahmenprogramm (FRP), das Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (CIP) und EU-Innovationsinitiativen wie das Europäische Institut für Innovation und Technologie (EIT)). Als gewollt und damit sozusagen gesetzt gelten dabei u. a. folgende Strukturen und Programme: Europäischer Forschungsrat (ERC), EIT/Wissens- und Innovationsgemeinschaften (KIC), Marie Curie, Gemeinsame Programmplanung, ERAnet, CIP, Förderung von KMU durch Strukturfonds sowie Nutzung der Strukturfonds für Innovationsförderung allgemein. Kooperative Forschung wird hingegen wohl nur in einer sich deutlich vom bisherigen Spezifischen Programm „Zusammenarbeit“ unterscheidenden Form gefördert



werden. Von diesem Programm profitieren bayerische Hochschulen bisher stark.

Grünbuch (deutsche Fassung):

http://ec.europa.eu/research/csfr/pdf/com_2011_0048_csf_green_paper_de.pdf#page=2

Online-Plattform für die Konsultationen (bisher nur auf Englisch):

http://ec.europa.eu/research/csfr/index_en.cfm

INNOVATIONS-LEISTUNGSANZEIGER: DEUTSCHLAND GEHÖRT ZU DEN EUROPÄISCHEN SPITZENREITERN

Die Kommission hat am 01.02.2011 im Rahmen ihrer Leitinitiative Innovationsunion einen neuen Leistungsanzeiger veröffentlicht, der anhand von 25 Indikatoren im Zusammenhang mit Forschung und Innovation die europäischen Staaten bewertet. Deutschland gehört danach gemeinsam mit Schweden, Dänemark und Finnland zur Spitzengruppe innerhalb der EU, die 20 % über dem EU-Durchschnitt liegt. Gemessen wurden Indikatoren der Kategorien „Potenzial“ (u. a. Humanressourcen wie der Bevölkerungsanteil mit einem tertiären Bildungsabschluss), „Tätigkeit der Unternehmen“ (u. a. Investitionen der Unternehmen) und „Erträge“ (u. a. neuangemeldete Patente). Im Bereich der Innovatoren, d. h. dem prozentualen Anteil der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), die innovative Ideen auf den Markt bringen, nimmt Deutschland innerhalb der EU die Führungsposition ein. Auch bei Betrachtung der Entwicklung in den Jahren 2006 - 2010 konnte Deutschland sich kontinuierlich steigern.

Bericht zum Leistungsanzeiger (bisher nur auf Englisch):

http://ec.europa.eu/enterprise/policies/innovation/files/ius-2010_en.pdf

EP-PLENUM: STÄRKERE KOORDINIERUNG DER KREBSFORSCHUNG

Das EP hat am 03.02.2011 eine schriftliche Erklärung zur Notwendigkeit einer verstärkten Koordinierung der Krebsforschung in der EU angenommen (s. hierzu Beitrag des StMUG in diesem EB).

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P7-TA-2011-0042&language=DE>



Geschäftsbereich Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit

EUROPÄISCHER RAT AM 04.02.2011: WESENTLICHE ERGEBNISSE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMUG

Am 04.02.2011 tagte der ER in einer außerordentlichen Zusammenkunft. Ursprünglich sollte der ER als besonderer Energierat die langfristigen und strategischen Themen Energie und Innovation behandeln. Vor dem Hintergrund der aktuellen Ereignisse in Tunesien und Ägypten wurden jedoch auch die politische Situation in Nordafrika sowie drängende Wirtschafts- und Währungsfragen im Rahmen der Finanzkrise ausführlich diskutiert (s. hierzu Beitrag aus dem Geschäftsbereich „Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament“ sowie Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 04.02.2011:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/119194.pdf

EP-PLENUM AM 02./03.02.2011 IN BRÜSSEL – ERGEBNISSE AUS DEN BEREICHEN UMWELT UND GESUNDHEIT

Das Plenum des EP hat auf seiner Tagung am 02./03.02.2011 in Brüssel u. a. einen Vorschlag zur Neufassung der Richtlinie über Elektro- und Elektronik-Altgeräte und eine schriftliche Erklärung zur Notwendigkeit einer verstärkten Koordinierung der Krebsforschung in der Europäischen Union angenommen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0037+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P7-TA-2011-0042&language=DE>

DONAUSTRATEGIE: KOMMISSION BENENNT ZWEI BAYERISCHE KOORDINATOREN FÜR SCHWERPUNKTBEREICHE

EU-Regionalkommissar *Johannes Hahn* hat am 03.02.2011 gemeinsam mit dem ungarischen Außenminister *János Martonyi* die Koordinatoren für die elf Prioritätenfelder der EU-Donaustrategie bekanntgegeben. Sie sollen die Umsetzung der Donaustrategie forcieren, indem sie konkrete Maßnahmenpakete festlegen und Finanzierungsquellen ausfindig machen. Bayern übernimmt die Koordination für zwei politische Prioritätenfelder: Zum einen für den Bereich „Erhaltung der biologischen Vielfalt, der Landschaften und der Qualität von Luft und Boden“ (zusammen mit Kroatien), zum anderen für die



„Zusammenarbeit zur Förderung der Sicherheit und zur Bekämpfung der schweren und organisierten Kriminalität“ (zusammen mit Bulgarien und dem Bundesinnenministerium). Die Kommission hatte im Dezember 2010 ihren Vorschlag zur Europäischen Donauraumstrategie vorgelegt. Die Strategie soll im Juni 2011 vom Europäischen Rat in Budapest endgültig verabschiedet werden (s. hierzu Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

ROHSTOFFVERSORGUNG: KOMMISSION LEGT STRATEGIEPAPIER VOR

Die Kommission hat am 02.02.2011 ihre bereits für die Vorwoche angekündigte und auf Druck Frankreichs verschobene neue Rohstoffmitteilung vorgelegt. Darin legt sie zum einen die Ergebnisse der EU-Rohstoffstrategie aus dem Jahr 2008 dar und analysiert die seitdem eingetretenen Entwicklungen auf den Rohstoffmärkten. Zum anderen definiert sie die Handlungsfelder der Zukunft, mit denen der Zugang Europas zu wichtigen Rohstoffen, insbesondere den seltenen Erden, gesichert werden soll. Das Augenmerk der Mitteilung geht dabei über die 14 definierten kritischen Industrierohstoffe hinaus und erfasst auch Energierohstoffe und landwirtschaftliche Produkte, und dies sowohl hinsichtlich der physischen als auch der damit verknüpften Finanzmärkte. In der Sache kündigt die Kommission für die Zukunft vor allem eine aktive Rohstoffdiplomatie der EU an, die sich sowohl in der Entwicklungszusammenarbeit als auch in den bilateralen und internationalen Handelsabkommen wiederfinden werde. Sie möchte dazu politische Dialoge und strategische Partnerschaften etablieren bzw. intensivieren (s. hierzu Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

ACHTES BRÜSSELER VETERINÄRFACHGESPRÄCH

Am 09.02.2011 luden MdEP *Dr. Horst Schnellhardt* (Tierarzt, EVP, DE), die Vertretung des Freistaates Bayern und der Milchindustrie-Verband e.V. zum achten Brüsseler Veterinärfachgespräch in die Bayerische Vertretung nach Brüssel ein. Bei den seit 2003 alljährlich stattfindenden Treffen kommen Experten aus dem Bereich des Veterinärwesens, die in verschiedenen Bereichen auf europäischer Ebene arbeiten, zu einem informellen Meinungsaustausch zusammen. Für das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit brachte Frau Staatssekretärin *Melanie Huml* in ihrem Grußwort die Bedenken Bayerns gegen das Klonen zur Lebensmittelproduktion zum Ausdruck. *Dr. Schnellhardt* berichtete über aktuelle tierärztliche Themen aus dem EP. *Dr. Trunk* von der Kommission (GD SANCO) schilderte den Stand aktueller



europäischer Rechtsetzungsvorhaben, z. B. zu Dioxinen in Futtermitteln, Tier- und Fütterungsarzneimitteln, Tiertransporten und zur Ferkelkastration. Das Schwerpunktthema „Klonen von Tieren zur Lebensmittelproduktion“ wurde von den Referenten unter verschiedenen Gesichtspunkten beleuchtet und anschließend intensiv diskutiert.

EU-LEITLINIEN ZUR VERBESSERUNG DER DARMKREBSVORSORGE

Am 03.02.2011, dem Vorabend des Weltkrebstages, hat die Kommission "Europäische Leitlinien für Qualitätssicherung in der Darmkrebsvorsorge und -erkennung" veröffentlicht. Diese sollen die Mitgliedstaaten bei der Durchführung ihrer nationalen Vorsorge- und Früherkennungsprogramme unterstützen und zu einer Senkung der Zahl der Todesfälle durch Darmkrebs – als zweithäufigste diagnostizierte Krebsart in der EU – beitragen. Zusammen mit den bereits bestehenden Leitlinien für die Brustkrebs- und die Gebärmutterhalskrebsvorsorge bilden die neuen Leitlinien den Maßstab für vorbildliche Verfahren bei der Krebsvorsorge mit dem Ziel einer ständigen Verbesserung bestehender Krebsfrüherkennungsprogramme.

Leitlinien:

http://bookshop.europa.eu/is-bin/INTERSHOP.enfinity/WFS/EU-Bookshop-Site/en_GB/-/EUR/ViewPublication-Start?PublicationKey=ND3210390

Weitere Informationen zur Krebsvorsorge:

http://ec.europa.eu/health/major_chronic_diseases/diseases/cancer/index_en.htm#fragment1

KOMMISSION STARTET KONSULTATIONEN ZUR FORSCHUNGS- UND INNOVATIONSFÖRDERUNG

Mit der Veröffentlichung des Grünbuchs „Von Herausforderungen zu Chancen: Entwicklung einer gemeinsamen Strategie für die EU-Finanzierung von Forschung und Innovation“ hat die Kommission am 09.02.2011 die Konsultationen zur Forschungs- und Innovationsförderung ab 2014 gestartet. Das Grünbuch enthält Analysen der bisherigen Struktur der Forschungsförderung sowie Überlegungen zu den Rahmenbedingungen der zukünftigen Förderung. Die neue Zielrichtung bedeutet insbesondere: (1) Verstärkte Anwendungs- und Ergebnisorientierung, damit ein Beitrag zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit Europas geleistet wird, (2) Inhaltliche Fokussierung auf „große gesellschaftliche Herausforderungen“ wie Klimawandel, Lebensmittelsicherheit, Ge-



sundheit und alternde Bevölkerung und (3) Stärkere Beteiligung der Wirtschaft, insb. von KMU, an den EU-Förderprogrammen. Die Konsultationen sollen über eine Online-Plattform durchgeführt werden und dauern bis zum 20.05.2011 (s. hierzu Beitrag des StMWFK in diesem EB).

Geschäftsbereich IuK- und Medienpolitik

UNGARN KÜNDIGT ERSTE VORSCHLÄGE ZUR ÄNDERUNG DES MEDIENGESETZES AN

Als Reaktion auf das Schreiben der Kommissarin *Neelie Kroes* vom 21.01.2011 zum umstrittenen Mediengesetz Ungarns (s. EB 02/11) hat der stellvertretende ungarische Premierminister, *Tibor Navracsics*, nun geantwortet. Der Brief nimmt zu den von *Kroes* gerügten Punkten Stellung und erklärt die Motive, die hinter den jeweiligen Regelungen stehen. Gleichzeitig signalisiert das Schreiben aber auch die Bereitschaft, das Gesetz zu überarbeiten. Ein erster Vorschlag Ungarns für ein abgeändertes Gesetz soll der Kommission in Kürze vorgelegt werden. Ein Sprecher der unter anderem für audiovisuelle Medien zuständigen Kommissarin, *Neelie Kroes*, erklärte anlässlich eines Treffens des ungarischen Regierungsvertreters mit der Kommission am 07.02.2011 in Brüssel, dies sei der Anfang eines Prozesses zur Sicherstellung der Übereinstimmung des Gesetzes mit EU-Recht.

Auch im EP wird das Thema weiter kontrovers diskutiert. So plant das Plenum am 16.02.2011 hierzu die Annahme einer Resolution. Darüber hinaus möchte die Interfraktionelle Arbeitsgruppe Medien Anfang März im EP eine Anhörung zur „besorgniserregenden Situation der Pressefreiheit in Europa“ organisieren. Außerdem drängt sie darauf, in eine von der Kommission geplante externe Expertengruppe für die europäische Situation im Medienbereich aufgenommen zu werden.

<http://www.chatzi.de/en/press-information/items/board-of-the-intergroup-media-commission-should-keep-up-pressure-on-hungary.html>

<http://www.eubusiness.com/news-eu/hungary-media.8ih>

TAG DES SICHEREN INTERNETS: KROES KÜNDIGT NEUE INITIATIVEN ZUM SCHUTZ VON KINDERN IM NETZ AN

Die für die Digitale Agenda zuständige Kommissarin *Neelie Kroes* informierte anlässlich des „Tages des sicheren Internets“ am 08.02.2011 über Pläne der



Kommission, die Empfehlung zum Schutz Minderjähriger in Zusammenhang mit den audiovisuellen Medien und dem Internet von 2006 und die Mitteilung zum Schutz Minderjähriger vor schädlichen Inhalten von Videospiele aus dem Jahr 2008 zu überarbeiten. Hierzu sind unter ungarischer Ratspräsidentschaft Ratschlussfolgerungen vorgesehen. Kroes kündigte außerdem an, ihre Gespräche mit der IKT-Industrie und Kinderschutzorganisationen zu intensivieren und eine Kooperationsplattform zu diesem Zwecke schaffen zu wollen.

FRANKREICH DROHT VERTRAGSVERLETZUNGSVERFAHREN WEGEN GEPLANTER REGIERUNGSNAHER BESETZUNG VON ARCEP

Die Kommission erwägt die Einleitung eines Vertragsverletzungsverfahrens gegen Frankreich wegen einer geplanten Gesetzesänderung, die die Entsendung eines Regierungsbeamten in die französische Regulierungsbehörde für Telekommunikation, ARCEP (Autorité de Régulation des Communications électroniques et des Postes), ermöglichen soll.

Der Gesetzentwurf ist abrufbar unter:

<http://www.assemblee-nationale.fr/13/amendements/3036/303600029.asp>

Zur Vertiefung:

<http://www.arcep.fr/index.php?id=25>

KOMMISSARIN VASSILIOU STELLT „MEDIA MUNDUS“ AUF DER BERLINALE VOR

Kulturkommissarin *Androulla Vassiliou* stellte im Rahmen der Berlinaleeröffnung am 10.02.2011 das EU-Filmförderprogramm „MEDIA Mundus“ vor (s. EB 16/09). Dieses von der Kommission initiierte und 2009 vom Rat angenommene Förderprogramm verfügt über ein Budget von 15 Mio. € und soll von 2011 bis 2013 die Beziehungen zwischen der europäischen Filmindustrie und Filmemachern aus Drittstaaten in künstlerischer und kommerzieller Hinsicht fördern.

<http://europa.eu/eucalendar/event/id/193067-media-mundus-programme/mode/standalone>

http://ec.europa.eu/culture/media/index_en.htm

http://ec.europa.eu/culture/media/mundus/index_de.htm



AUSSCHUSS FÜR INDUSTRIE, FORSCHUNG UND ENERGIE

Am 01.02.2011 veranstaltete der Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (ITRE) im EP eine öffentliche Anhörung zur Umsetzung der Digitalen Agenda (s. EB 21/10) und zur Zukunft der Frequenzpolitik (s. EB 02/11). Der schwedische Parlamentsabgeordnete *Gunnar Hökmark* (EVP) und Berichterstatter für das Europäische Funkfrequenzprogramm (Radio Spectrum Policy Programme, RSPP) betonte dabei insbesondere, dass die führende Wettbewerbsstellung Europas in der digitalen Wirtschaft gefestigt werden müsse.

<http://www.europarl.europa.eu/activities/committees/events/Com.do?language=EN&body=ITRE>

PROTOTYP DES EINHEITLICHEN HANDYLADEGERÄTS AN KOMMISSION ÜBERGEBEN

Am 08.02.2011 wurde dem Vizepräsident der Kommission, *Antonio Tajani*, von *Bridget Cosgrave*, Generaldirektorin von DIGITALEUROPE, dem größten europäischen Digitaltechnikindustrieverband, ein Prototyp des einheitlichen Handy Ladegeräts (s. EB 01/11) ausgehändigt. Die neuen Ladegeräte verfügen über einen speziellen Micro-USB-Anschluss und sollen im Laufe des Jahres 2011 auf den Markt gebracht werden.

www.onechargerforall.eu

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/9727_de.htm

NEUER STANDARD FÜR KNAPP WERDENE IP-ADRESSEN

Bis Ende 2011 werden die momentan verfügbaren IP-Adressen knapp. Jedes mit dem Internet verbundene Gerät benötigt eine dieser aus 32 Nummern bestehenden Kennungen. Der internationalen Adressverwaltungs-Organisation IANA bleiben nur noch fünf große Adressblöcke, die sie bald an die fünf regionalen Organisationen zur Verteilung freigeben will.

<http://www.oecd.org/sti/ict/ipv6>

<http://www.supportnet.de/newstthread/2358576>